

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes



Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn beträgt 32.— M., bei Selbstabholung 27.75 M. — Preis der Einzelnummer 1.50 M. — Telefon für Kontor und Expedition: Nr. 22721 und Nr. 24598 Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telefon 13693. — Verlag in Leipzig, Tauscher Straße 19/21 — Telefon 24598

Inseratenpreise: Die halbspaltige Kolonelle oder deren Raum 8.— M., bei Platzvorschrift 7.20 M.; Familienanzeigen, die halbspaltige Zeile 4.80 M. Reklame-Kolonelle 24.— M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 22721 Schluß der Inseraten-Aufnahme für die folgende Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

An das republikanische Volk!

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Die Gewerkschaften und die politischen Arbeiterparteien haben gemeinsame Forderungen für ein Gesetz zum Schutze der deutschen Republik und für politische Amnestie aufgestellt. Die Forderungen sind beschränkt auf das Maß, das zur Sicherung der republikanischen Staatseinrichtungen, zum Schutze der Grundrechte des Volkes und zur endlichen Niederkämpfung der Mordhege der monarchistischen und nationalistischen Volksgegner unbedingt notwendig ist.

Die Massen des Volkes haben am letzten Dienstag ihren Willen bekundet, in dem zur Erreichung dieses Zieles erforderlichen Kampfe ihre ganzen Kräfte einzusetzen. Auch die Gewerkschaften und die politischen Arbeiterparteien sind entschlossen, vor keinem Widerstand zurückzuweichen. Sie wissen, was sie angehts der herrschenden Gefahr der Arbeiterklasse und dem Volke schuldig sind. Das Neueste soll geschehen, um die aufgestellten Forderungen zu verwirklichen.

Zu diesem Zwecke rufen wir das gesamte arbeitende Volk und alle ernst gesinnten und entschlossenen Republikaner im ganzen Reich hiermit auf,

am Dienstag, dem 1. Juli, wiederum die Arbeit am Nachmittage ruhen zu lassen

und in geschlossenen Massen auf Straßen und Plätzen für unsere Forderungen zu demonstrieren.

Die örtlichen Leitungen der Gewerkschaften und der drei Arbeiterparteien haben gemeinsam die nötigen Maßnahmen zur Durchführung dieser wiederholten Kundgebung des Volkswillens zu treffen. Hierbei sind, um durch eine weitgehende Einheitsfront den Eindruck zu verschärfen, die folgenden Richtlinien zu beachten:

Die Arbeitsruhe tritt überall mit dem Schluß der Vormittagsarbeit, spätestens um 1 Uhr ein. Die Belegschaften der Betriebe gehen in geschlossenen Zügen nach den Demonstrationen. Um 3 Uhr beginnen hier die Ansprachen der örtlich zu bestimmenden Redner. Sie haben die von uns aufgestellten Forderungen an die Regierung und den Reichstag zu verlesen und eine Abstimmung der Demonstranten über diese Forderungen herbeizuführen.

Unsere Forderungen sind deshalb örtlich vorher in Massenaussagen drucken zu lassen und bei der Demonstration an jedermann zu verteilen. Ihr Inhalt muß in die weitesten Kreise des Volkes getragen werden.

Nach erfolgter Abstimmung sind die Demonstranten je nach den örtlichen Verhältnissen und Möglichkeiten in Marschzügen zu formieren, um an die öffentlichen Versammlungen streng geordnete Straßenumzüge anschließen zu lassen. Die Ordnung der Straßenumzüge obliegt den verantwortlichen örtlichen Leitungen. Durch Aufstellung zuverlässiger Ordner in ausreichender Zahl ist die Garantie dafür zu schaffen, daß keine schädlichen Störungen der öffentlichen Ordnung und des Verkehrs eintreten.

Die Stilllegung des Straßenbahnbetriebes ist auf die Zeit von 1—5 Uhr, die der Eisenbahnen einschließlich Hochbahnen auf die Zeit von 3—3½ Uhr zu beschränken.

In allen Fällen sind die zur Wiederausnahme der Betriebe und im öffentlichen Interesse erforderlichen Notarbeiten auch während der Arbeitsruhe zu verrichten. Um 6 Uhr abends finden die gesamten Demonstrationen ihr Ende. Die Straßenumzüge sind spätestens um 6 Uhr aufzulösen. In Gasthäusern, Betrieben usw. ist um diese Zeit die Arbeit wieder aufzunehmen, in Betrieben mit regelmäßiger Nachtschicht zur üblichen Zeit.

Republikaner, Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Wir vertrauen darauf, daß Ihr nicht nur in verstärkten Scharen an dieser wiederholten Volkskundgebung teilnehmt, sondern durch ernstes und würdiges Auftreten auch hier den Erfolg sichern werdet. Sollte auch diese neue Demonstration des Volkswillens nicht zum schnellen Ziele führen, so werden wir weitere Parolen folgen lassen.

Berlin, den 30. Juni 1922

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund: Leipzig — Graumann.

Allgemeiner freier Angestelltenbund: München — Stahr — Söh.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Braun — Wels.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Crippien — Dittmann — Ledebour.

Kommunistische Partei Deutschlands: Roenen — Meyer.

Die Entlarvung der Verschwörerbande

Der Besitzer des Mörder-Autos verhaftet.

Berlin, 30. Juni. (Umtlk.) Die fortgesetzten Ermittlungen der Berliner politischen Polizei in der Mordsache Rathenau führen einer immer größeren Zahl von Mitwissern und Teilnehmern auf die Spur.

Bereits am Anfang der Woche stellte die Berliner Polizei fest, daß Eigentümer der zur Mordtat benutzten Kraftwagens, eines außerordentlich wertvollen Mercedeswagens, der zu Freiberg in Sachsen wohnhafte Fabrikbesitzer Johannes Kühnermeister ist und daß er sich zur Zeit des Mordes nicht an seinem Wohnort aufgehalten hatte.

Im Zusammenhang mit der Polizei in Dresden und Freiberg stellten die nach Sachsen entsandten Berliner Beamten fest, daß R. sich nach dem Mord kurze Zeit wieder in Freiberg aufgehalten hat und von dort am 27. abends nach Bernau in Ostpreußen oder nach Oeh in Tirol begeben hatte.

Auf Grund dieser Feststellungen wurde von Berlin aus sofort die Münchener Polizei von dem voraussichtlichen Aufenthalt des R. benachrichtigt und gebeten, seine Festnahme in Bernau oder Oeh zu veranlassen. Heute vormittag ist daraufhin in Berlin telefonisch von der Polizeidirektion München die Meldung eingegangen, daß R. heute morgen um 8 Uhr in Oeh verhaftet, in das Bezirksgericht Sittl überführt ist und daß seitens der oberreichsständigen Behörden ein Auslieferungsantrag entgegengehoben wird. R. gehört rechtsradikalen Kreisen an und ist Mitglied des deutschvölkischen Schutz- und Truhbundes.

Zu den neuerdings festgenommenen Mitwissern beziehungsweise Teilnehmern an der Mordtat gehört auch der von der Steinfelder Polizei ergriffene Kaufmann Werner Böh. Böh wird im Laufe des heutigen Tages nach Berlin gebracht. Er ist von Beruf Seemann und gehört ebenfalls rechtsradikalen Kreisen an.

Verhaftung deutschnationaler und „deutschvölkischer“ Führer.

Berlin, 1. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) In Osnabrück wurden die deutschnationalen Führer, der Fabrikbesitzer

Proembling, der Fabrikdirektor Paul Menez und der Parteisekretär Landwehr wegen Beihilfe zur Ermordung Erzbergers verhaftet. Eine polizeiliche Durchsuchung des Bureaus der deutschnationalen Mörder-Partei ergab, wie der Vorwärts berichtet, schwer belastendes Material.

Berlin, 30. Juni. (Umtlk.) In Schwertin wurden durch Berliner Beamte der Sekretär des Deutschen Schutz- und Truhbundes für den Bezirk Mecklenburg, Erich Bode, sowie der ebenfalls im Sekretariat des deutschvölkischen Schutz- und Truhbundes tätige Angestellte Christian Illmann, ein früherer Seemann festgenommen. Bode und Illmann wurden am Tage vor dem Mordtage von den Mördern, die zu einer angeblichen Probefahrt von Berlin nach Schwertin gefahren waren, besucht. Bei diesem Besuch hat Illmann den Mördern die Mauerpistole übergeben, die am Tage darauf zu der Ermordung Rathenaus benutzt wurde.

Auf der Spur der Mörder.

Berlin, 1. Juli. (U.) Wie die „Tatunion“ erfährt, ist das Berliner Polizeipräsidium jetzt im Besitz genauerer Personalisten des Rathenau-Mörders Fischer, Lichtbild, Schriftproben sowie ausführliche Personalbeschreibungen des Genannten werden im ganzen Reich öffentlich angeschlagen werden.

Wien, 30. Juni. Die Neue Freie Presse meldet aus Prag: Einem tschechischen Blatte zufolge hielt die Polizei am Dienstag in Pilsen einen Deutschen an, dessen Neuhäuser vollständig auf die Personalbeschreibung eines der Mörder Rathenaus passen soll.

Rasender Marksturz!

Der Dollar stieg heute mittag auf 393! Die wirtschaftliche Folge der Mordpolitik!

Die Schuldigen auf der Retirade.

Die deutschnationalen Mordhelfer wissen von nichts!

Sie wissen von nichts, diese harmlosen politischen Rindfleisch. Sie kennen keine Mordorganisationen und keine Mörder, und wenn sie sich mit ihnen an einen Tisch gesetzt haben, und wenn sie mit ihnen Briefe gewechselt haben, und wenn sie ihnen Geld zur Flucht gaben und ihnen falsche Pässe besorgten, dann taten sie das alles in völliger Harmlosigkeit, aus reinem gutem Herzen, ohne zu wissen, mit wem sie es zu tun hatten. Und wenn man sie beim Fragen nimmt, und mit der Nase auf die Dokumente klopft, auf denen die Mordstatuten der Geheimorganisation Consul verzeichnet sind, dann sagen sie erstaunt: „Geheimorganisation Consul? Kenne ich nicht! Wie davon gehört! Was ist das?“

Wahrhaftig das tun sie. Sie sind das deutsche Publikum für so lange. Der deutschnationalen General v. D. von Gallwitz wagt es in seinem Bestreben, und seine in dem offenen Schreiben des ehemaligen Geheimbündlers Claus-Zeig aufgedeckten Beziehungen zu den rechtsnationalen Mordgeheulen zu veröffentlichen, der Öffentlichkeit mit einer Erklärung in der Rechtspresse „zuzuschwindeln“, er habe von der Organisation „Consul“ „erst vor wenigen Wochen“ etwas gehört.“ Das sagt der Herr Reichstagsabgeordnete, der politische Führer, der ja doch wohl Zeitungen zu lesen pflegt und sich mit den Vorgängen, die der Ermordung Erzbergers folgten, doch wohl einigermassen befaßt haben dürfte. Und selbst wenn dieser ehrenwerte Herr nur die Rechtspresse liest, muß er darin gelesen haben, daß der bairische Minister Trund im September 1921 das Statut der Organisation O in öffentlicher Verhandlung vorgetragen hat, daß seitdem eine Strafverfolgung wider diese Organisation eingeleitet wurde, daß es den Leitern dieser Mordorganisation gelungen ist, beim Reichsgericht durchzusetzen, daß der Prozeß wider sie von Offenburg nach München verlegt wurde usw. usw. Das alles will der Herr General nicht gelesen haben oder — bis vor wenigen Wochen wieder vergessen haben. Fürwahr diese Verteidigung erinnert lebhaft an die jener Frau, die wegen der Beschädigung eines geliehenen Topfes verklagt, sich also glänzend „rechtfertigte“: „Erstens habe ich gar keinen Topf geliehen. Zweitens habe ich ihn heil zurückgegeben und drittens war er schon entzwei, als ich ihn entließ.“ Wer zuviel beweisen will, Herr von Gallwitz, zeigt, daß er sich schuldig weiß!

Übrigens ist Herr von Gallwitz nicht der einzige deutsch-nationale Führer, der von der Organisation Consul erst vor kurzem gehört hat. Der halleische Rechtsanwalt Hirsch, der in dem offenen Schreiben des Herrn Claus als der halleische Ortsführer der Geheimorganisation enthüllt worden ist, ist bemerkenswerterweise auf dieselbe läbliche Ausrede verfallen, wie der General von Gallwitz. Er erklärt, wie die ehrenwerte Leipziger N. Nachr. beiläufig melden: „Von der Organisation O habe ich zum ersten Male vor einiger Zeit gehört.“ Auch so ein politisches Bähwamm, das offenbar keine Zeitungen liest. Das scheint unter den deutschnationalen Führern eine Eigentümlichkeit zu sein.

Man kann nach diesen Stichproben den Wert all jener Reinwaschungsversuche ermessen, die jetzt in der Rechtspresse von den bloßgestellten deutschnationalen Führern zur Verdunkelung des Tatbestandes veröffentlicht werden. Herr Helfferich hat dem Mordgeheulen Günther, wie er behauptet, nur einmal auf seine Bitte, einer deutschnationalen Jugendorganisation zu einer Kaisergeburtstagsfeier einen Fahnenweihspruch zu stiften, ein paar zusagende Zeilen geschickt, ohne zu wissen, mit wem er es zu tun hatte. Und die deutsch-nationale Parteileitung veröffentlicht mit großer Geste einen Brief vom 8. November 1920, wodurch dem Günther wegen Schuldenmachens, Mißbrauch des Namens des Herrn Parteivorstehenden und der Geschäftspapiere der Deutschen Tageszeitung, unerhörten Leichtsinns bei der Abfassung von Kundschreiben, unberechtigten Geldsammlungen im Namen der Partei usw., ausgegeben wird, sich „jeder weiteren Tätigkeit unter deutschnationalen Namen und unter Berufung auf irgend eine Parteistelle“ zu enthalten. Indessen hat dieser Ausschluß, wenn man den Brief so auffassen darf, nicht verhindert, daß Günther nach amtlicher Mitteilung unter anderem auch dem Bunde der Aufrechten bis jetzt als Mitglied angehört. Diese monarchistische Organisation gibt ein Verbandsblatt heraus „Der Aufrechte“, als dessen Förderer an der Spitze neben einem Major a. D. Kurt Anter und dem Kammerherren von Berg, dem Vermögensverwalter der Hohenzollern noch die Herren Professor Gustav Noethe, der gelbe Arbeitersekretär Rißer und — die deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Numm und Graf Westarp verzeichnet sind. Derselbe Graf Westarp, der sich, wie er jetzt in der Rechtspresse erklärt, nicht erinnert, daß er mit Günther korrespondiert habe!

Dieser Bund der Aufrechten ist übrigens auch eine Organisation, die ihren guten Teil Mitschuld am Mord trägt. Am 21. August 1921, zur Zeit der Ermordung Erzbergers, brachte dieses Blatt einen Leitartikel mit der Überschrift: „Die Republik im Dreck“. Darin heißt es:

„Das verführte deutsche Volk... mußte Zug um Zug erleben, daß die Novemberverbrecher es maßig angefaßt haben!